

2014-0630

Motion Burger Alain, SP, vom 26. Juni 2014 betreffend Zusammenschluss zur Regionalstadt Baden-Wettingen; Ablehnung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 26. Juni 2014 reichte Alain Burger folgende Motion ein:

Der Gemeinderat von Wettingen wird aufgefordert, den Zusammenschluss mit der Stadt Baden und weiteren Gemeinden zu einer Regionalstadt zu prüfen und Entscheidungsgrundlagen für einen Zusammenschluss zuhanden der Wettinger Bevölkerung zu erarbeiten, so dass das Wettinger Stimmvolk über einen Zusammenschluss mit der Stadt Baden und weiteren Gemeinden abstimmen kann.

Begründung:

Aktuell werden verschiedene Fusionen von einzelnen Gemeinden mit der Stadt Baden geprüft. Der Gemeinderat soll sich darum aktiv in die aktuelle Diskussion einbringen und eine Gesamtlösung für die Region Baden-Wettingen anstreben. Die einwohnerstärkste Gemeinde der Region sollte nicht abseits stehen und abwarten, sondern zusammen mit Baden die Vision Regionalstadt vorantreiben.

Ein Zusammenschluss wäre aus mehreren Gründen sinnvoll. Die Region Baden-Wettingen bildet längst einen Lebensraum. Die Menschen sollen in dem Raum mitbestimmen können, in dem sie sich auch bewegen. Der Koordinationsaufwand bei gemeindeübergreifenden Vorhaben (Sportzentrum, Verkehr, Schulen, Alters- und Pflegeheime,...) würde wesentlich reduziert und die Mitsprache der Bevölkerung der ganzen Region verbessert. Eine starke Regionalstadt hätte mehr Gewicht beim Kanton und Geld aus dem kantonalen Finanzausgleich könnte in der Region behalten werden.

Auch könnte bei der Planung der Strukturen einer Regionalstadt den Quartieren in einzelnen Fragen mehr Autonomie gewährt werden, wodurch die Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung ebenfalls verbessert würden.

Die Kooperation der Gemeinden in der Region nimmt ständig zu. In Wettingen zeigt sich dies in den Bereichen Bildung, öffentliche Sicherheit, Kehrrichtentsorgung usw.

Auch besteht weitgehend Konsens darüber, dass ein Zusammenschluss zur Regionalstadt mittel- bis langfristig zustande kommen wird. Es ist an der Zeit, diesen Prozess aufzunehmen und die Interessen unserer Gemeinde von Anfang an in die Diskussion einzubringen.

Stellungnahme des Gemeinderats

Die Idee eines Zusammenschlusses von Gemeinden zu Zentrumsgemeinden resp. Regionalstädten ist nicht neu. Parallel zum Start des Projekts GeRAG hatte der Regierungsrat im Januar 2007 seine längerfristigen Vorstellungen über die Entwicklung der Gemeindelandschaft formuliert. Unter anderem sollten nach dieser damaligen Idee durch die Bildung grosser Zentrumsgemeinden in den Agglomerationen Aarau und Baden Städte mit nationaler Ausstrahlung und 50'000 bis 60'000 Einwohnerinnen und Einwohnern entstehen. Das GeRAG wurde schliesslich vom Volk abgelehnt.

Der Gemeinderat war damals und ist auch heute noch der Auffassung, dass nicht alleine Zentralisierung und Gewinnstreben Erfolgsmotoren der Standortqualität einer Region sind. Gerade eine motivierende, gesunde Konkurrenz, welche der Region positive Impulse geben kann, sind vielfach grössere Erfolgsmotoren. Es muss festgehalten werden, dass nebst der heutigen Bezirks- und Gemeindelandschaft vor allem Demokratie und Gemeindeautonomie verloren gehen können. Auch die heutige Stärke, die Nähe zum Bürger, würde auf der Strecke bleiben. Welche Untersuchungen und Kriterien dazu führten, dass die Grösse einer Kernstadt auf 50'000 bis 60'000 Einwohner festgelegt worden ist, ist nicht ersichtlich. Grösse allein führt nicht zur Besserstellung einer Gemeinde. Zentren mit nationaler Ausstrahlung können auch aus mehreren grösseren Gemeinden bestehen. Die soziologischen Aspekte sind zu wenig berücksichtigt und zu wenig abgeklärt. Anreizsysteme sind zwar richtig, nur sollen sie ein Anreiz sein und nicht ein Verleiten.

Nach Auffassung des Gemeinderats ist folgender Grundgedanke nicht ausser Acht zu lassen: Kleine und mittlere Gemeinden erfüllen ihre Aufgaben durchaus effizient, bürgerfreundlich, kostengünstig und auch meistens professionell. Auf der anderen Seite kann nicht der Schluss gezogen werden, grosse Gemeinden seien a priori effizienter oder kostengünstiger. Fakt ist, dass mit zunehmender Gemeindegrösse auch Mehrkosten entstehen, einerseits für die Personalführung, aber auch Kommunikation, für Planungs- und Koordinationsaufwand, für Infrastrukturen etc. Bei einer Grossstadt mit 50'000 Einwohnern ist davon auszugehen, dass die Entscheidungswege umständlicher und länger werden. Die spezialisierten Amtsträger können zum Nachteil der Bevölkerung den Blick für das Ganze und auch den Boden der Realität verlieren. In einer 50'000er Gemeinde/Stadt kann auch die Bereitschaft zur freiwilligen, uneigennützigem Erfüllung von Aufgaben für die Gemeinschaft verloren gehen. Die dezentrale Organisation und die Vielfalt der Zellen ist nach wie vor Basis für Freiheit und Wohlergehen der Bevölkerung. Durch Schaffung einer einzigen Grosszelle kann der Verlust an direkter Mitbestimmung und Einflussnahme für Wettingen, die Ferne der Amtsträger, die verlorene Identität und das Fehlen direktdemokratischer Einrichtungen zu einer allfälligen Unzufriedenheit der Bevölkerung führen.

Bereits im Bericht an den Einwohnerrat im Jahr 2008 hat der Gemeinderat festgehalten, dass die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit Vorrang vor Fusionen habe. Diesen Grundsatz hat die Exekutive in der Vergangenheit und bis heute immer konsequent verfolgt.

Im Rahmen von Baden Regio sind die Mitgliedsgemeinden in Kreise eingeteilt worden. Im Kreis 2 sind die Gemeinden Wettingen, Neuenhof, Killwangen, Spreitenbach, Bergdietikon und Würenlos zusammengeschlossen. In dieser Einheit werden regional wichtige Fragen besprochen und gemeinsame Aufgabenstellungen wo möglich gemeinsam angegangen. Ferner verfolgt die Arbeitsgruppe Gemeindezusammenarbeit mit den Vorsitzenden der Kreise aus Baden Regio, ergänzt durch einen Vertreter der Stadt Baden, die übergeordnete Zusammenarbeit.

So haben sich auf der Basis dieses Erfolgsmodells Verbundaufgaben im Bereich Regionalpolizei, Zivilschutz und Bevölkerungsschutz umsetzen lassen.

Ferner ist Wettingen schon seit 2004 Sitz eines regionalen Zivilstandsamts für die Gemeinden Wettingen, Ehrendingen, Neuenhof, Killwangen, Spreitenbach und Würenlos. Mit Neuenhof arbeitet Wettingen in den Bereichen Bezirksschule, Musikschule und Forst zusammen, mit Würenlos in den Bereichen Forst und Bezirksschule, für Ennetbaden und Killwangen erbringt Wettingen die Dienstleistung der Schulsozialarbeit.

Entgegen der Auffassung des Motionärs ist gemäss Umfrage der Aargauer Zeitung das Interesse an einer Gross-Fusion der Gemeinden der Region eher klein. Dabei ist aus der Politik der Grundtenor: Zusammenarbeit wie bisher, Fusion eher nein.

Der Gemeinderat hat den schon zitierten Grundsatz einer verstärkten Zusammenarbeit im Kreis 2 in jüngster Zeit in Klausurtagungen bekräftigt. In jüngster Vergangenheit hat ferner die Gemeinde Ennetbaden das Thema einer Fusion mit Baden auf Eis gelegt (Entscheid der Gemeindeversammlung vom 10. Juni 2015). Die Gemeinde Killwangen hat am 1. Dezember 2015 eine Fusion mit Spreitenbach abgelehnt.

Zusammenfassend soll die regionale Zusammenarbeit damit in folgender Priorisierung gesehen werden:

1. Primär gilt das Subsidiaritätsprinzip: Was eine Gemeinde allein effizient und kostengünstig lösen kann, soll auf Gemeindeebene erledigt werden.
2. Die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit hat Vorrang vor Fusionen. Diese hat massgeschneidert nach Aufgabenbereichen zu erfolgen. Nach wie vor grosse Bedeutung kommt der bilateralen Zusammenarbeit zu. Diese soll in erster Linie durch Gemeindeverbände und nicht durch Gemeindeverbände mit komplizierten Verbandsstrukturen erfolgen.
3. Es gibt Aufgabenbereiche, die grossräumig zu lösen sind (eventuell ganzer Bezirk). Hier hätten die Zentrumsgemeinden Baden, Wettingen und Spreitenbach die Führungsrolle zu übernehmen als Kristallisationspunkt mit allmählicher Ausdehnung. Die notwendige Unterstützung soll durch den Regionalplanungsverband erfolgen.
4. Für andere Aufgabenbereiche sind sinnvolle Gebietsaufteilungen vorzusehen (z.B. Bereich öffentliche Sicherheit etc.).

Der Gemeinderat Wettingen hat den Lead im Kreis 2 und ist bereit, in den Bereichen EWW, Werkhof, Fachstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit (FAF), Kindes- und Erwachsenenschutzdienst, Krippenpool, Jugendarbeit, Kultur und Bibliothek die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zu intensivieren. Auf diese Art ist es durchaus möglich, Synergien zu nutzen und Kosten- sowie auch Angebotsoptimierungen und Regionsstärkung zu erreichen, ohne dadurch die demokratische Mitbestimmung und die eigene Identität aufgeben zu müssen.

Der Weg der Kooperationen ist nach wie vor richtig. Aus den oben ausgeführten Gründen empfiehlt der Gemeinderat Wettingen, die Motion abzulehnen und den bisher eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen.

* * *

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS DES EINWOHNERRATES

Die Motion Burger Alain, SP, vom 26. Juni 2014 betreffend Zusammenschluss zur Regionalstadt Baden-Wettingen wird abgelehnt.

Wettingen, 7. Januar 2016

Gemeinderat Wettingen

Dr. Markus Dieth
Gemeindeammann

Barbara Wiedmer
Gemeindeschreiberin